



# Newsletter von Dr. Peter Liese für Südwestfalen und das Hochstift

**Dezember 2023**

## Europäische Union einigt sich auf strengere Regeln für Asyl

### Wichtiger Durchbruch/Die Ampel muss trotzdem dringend ihre Hausaufgaben machen

„Das ist ein wirklicher Durchbruch, und ich bin froh, dass die Einigung endlich gelungen ist. Die Politik auf allen höheren Ebenen muss auf die Sorgen der Kommunen hören. Leider braucht die Umsetzung Zeit und deswegen ist es umso wichtiger, dass die Ampel in Berlin ihre Hausaufgaben erledigt. Nur dann werden wir kurzfristig geringere Flüchtlingszahlen sehen“, so kommentierte Peter Liese die Einigung der europäischen Institutionen auf einen Asylkompromiss. Nach langen Verhandlungen hatten sich das Europäische Parlament, der Ministerrat und die Europäische Kommission auf ein umfangreiches Maßnahmenpaket geeinigt.

„Die Einigung sieht neben vielen Einzelpunkten im Wesentlichen vor, dass Flüchtlinge in Zukunft in Europa besser verteilt werden und dass wir an den Außengrenzen ein Verfahren einführen, das diejenigen, die wenig Aussicht auf Asyl haben, erst gar nicht in die Europäische Union einreisen lässt. Wir müssen politisch Verfolgten nach wie vor Asyl gewähren, aber leider ist die Mehrheit derjenigen, die in den letzten Monaten zu uns gekommen sind, weder asylberechtigt, noch berechtigt, den Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention zu bekommen. Das Signal muss ganz klar sein, dass wir diese Menschen nicht in Deutschland und Europa aufnehmen können. Stattdessen müssen vor Ort die Fluchtursachen besser bekämpft werden“, bekräftigte Liese.



© Europäische Union

#### In dieser Ausgabe

- Schützen können Aufatmen
- Durch Corona und Herrn Lauterbach nicht das Weihnachtsfest verderben lassen
- Landwirtschaft schafft sich Gehör
- Wolf darf nicht über den Menschen und den Interessen der Weidetierhalter stehen
- Erfolgreiche Integration nur durch geregelte Zuwanderung möglich
- Reduzierung von Verpackungen und Verpackungsmüll
- COP28 in Dubai
- Kampf gegen illegalen Welpenhandel
- Industrieemissionsrichtlinie
- Europäischer Gesundheitsdatenraum

und vieles mehr



Er bedauerte, dass die Einigung erst jetzt gekommen ist: „Ursula von der Leyen und der auch der christdemokratischen Parteienfamilie angehörende Vizepräsident Margaritis Schinas haben diesen Vorschlag schon in 2020 gemacht. Er wurde zunächst von den Mitgliedstaaten, allen voran von der Ampel-Regierung in Berlin, lange blockiert. Die letzten Monate Verzögerung gehen auf das Konto von Grünen, Linken und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament. Der Beschluss ist trotzdem wichtig, aber gerade, weil die Umsetzung Zeit braucht, muss die Ampel in Berlin ihre Hausaufgaben machen. Die Grenzkontrollen an der Grenze zu Polen und Tschechien, die auf Druck der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingeführt wurden, sind ein wichtiger Teil der Lösung. Aber das komplette Maßnahmenpaket, das CDU und CSU vorgeschlagen haben, muss trotzdem umgesetzt werden. Die Einführung einer Bezahlkarte und die Reform, das heißt auch Reduzierung der Sozialleistungen, sind wichtige Punkte, weil dies den Schleppern ihr Geschäftsmodell erschweren würde. Zu viel Geld, das an Asylbewerber gezahlt wird, geht über Umwege an die Schlepper“, so der Abgeordnete.

**Weiteres zu dem Thema finden Sie auf den Seiten 9 und 10.**

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

## Schützen können Aufatmen

### Kein Verbot von Bleimunition beim Schützenfest

„Die Schützen können aufatmen, es wird kein Verbot von Bleimunition beim Vogelschießen geben. Dies hat mir Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen jetzt in einem persönlichen Schreiben bestätigt“, teilte Peter Liese mit.



Wörtlich schreibt Ursula von der Leyen: „sind wir in jedem Fall überzeugt, dass es unverhältnismäßig wäre, künftige Beschränkungen auf die in Ihrem Schreiben angesprochenen traditionellen Schießsportveranstaltungen in kontrollierter Umgebung oder auf das Schießen mit historischen Waffen anzuwenden.“

„Ich freue mich sehr, dass uns diese Lösung gemeinsam gelungen ist. Ein Verbot wäre völlig unverhältnismäßig gewesen, da beim Vogelschießen durch den Kugelfang und die entsprechenden Vorkehrungen praktisch kein Blei in die Umwelt gelangt. Gleichzeitig hätte die Umrüstung der Schießstände und der Gewehre für die Vereine, die durch Corona ohnehin schon geplagt sind, erhebliche Kosten verursacht“, betonte Liese.

Peter Liese hatte in verschiedenen Gesprächen mit Ursula von der Leyen und ihren Mitarbeitern auf eine entsprechende Ausnahme gedrängt. Am 17. März hatte Peter Liese mit den Bundestagsabgeordneten Friedrich Merz, Carsten Linnemann, Florian Müller, Paul Ziemiak, Christian Haase, Volkmar Klein und Hans-Jürgen Thies einen Brief an die Europäische Kommission geschrieben. Die erste Antwort vom 10. Juli war zunächst vage, aber mit Datum vom 20. Dezember gab es nun eine klare Aussage der Kommissionspräsidentin.



„Die Ausnahme der Europäischen Kommission zur Verwendung von bleihaltiger Munition beim traditionellen Vogelschießen unserer Schützenvereine stimmt mich sehr positiv. Das sind gute Nachrichten für alle Schützenvereine und ihre zahlreichen Mitglieder in Südwestfalen. Der Einsatz, gemeinsam mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, sich im Sinne regionaler Brauchtumpflege einzusetzen, war erfolgreich“, kommentierte auch Friedrich Merz.

Entscheidend war nach Ansicht von Liese ein persönliches Gespräch, in dem Vertreter der Europäischen Gemeinschaft Historischer Schützen (EGS) den Verantwortlichen der Europäischen Kommission erklärt haben, wie Vogelschießen funktioniert und warum dabei praktisch kein Blei in die Umwelt gelangt. Der zuständige Mitarbeiter von Ursula von der Leyen sagte nach einiger Zeit zu Peter Liese: „Dieses Gespräch hat uns die Augen geöffnet.“



Einsatz von Peter Liese, hier beim Westfälische Schützenfest in Bad Berleburg, und den westfälischen Bundestagsabgeordneten Friedrich Merz, Carsten Linnemann, Florian Müller, Paul Ziemiak, Christian Haase, Volkmar Klein und Hans-Jürgen Thies hat sich gelohnt: Kein Verbot von Bleimunitionen beim Schützenfest.

„Es ist zwar schade, dass man immer erst die hohe Politik einschalten muss, damit die Beamten in Brüssel verstehen, was vor Ort los ist, aber letztlich zählt der Erfolg.“, bekräftigte Peter Liese.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

## Durch Corona und Herrn Lauterbach nicht das Weihnachtsfest verderben lassen

„Wir sollten uns von Herrn Lauterbach und Corona nicht das Weihnachtsfest verderben lassen“, erklärt Dr. med. Peter Liese.

„Ich finde es unangemessen, wenn der Bundesgesundheitsminister etwa dazu rät, Weihnachtsfeiern ausfallen zu lassen. Die Gastronomieunternehmen sind durch die letzten Jahre und vielfältige Belastungen der Bundesregierung ohnehin gebeutelt. Das Risiko, durch einen Atemwegsinfekt schwer zu erkranken, ist heute im Wesentlichen auf dem gleichen Niveau wie vor der Pandemie.

Durch Impfungen und die Veränderung des Virus zu Omikron hat Corona seinen Schrecken weitestgehend verloren. Die Sterblichkeit ist nicht mehr höher als bei einer normalen Grippe. Selbstverständlich ist es richtig, wenn sich Risikogruppen impfen lassen. Jeder, der über 60 ist oder auch gravierende Vorerkrankungen hat, sollte dies sowohl gegen Corona



als auch gegen Influenza tun. Menschen mit einem sehr stark geschwächten Immunsystem zum Beispiel nach Chemotherapie oder Transplantation müssen unbedingt geschützt werden. Das gilt aber nicht nur für den Corona-Virus, sondern für Dutzende von anderen Viren. Zumindest der RS-Virus und das Influenza-Virus sind, was die Gefahren für den Menschen und die Belastung des Gesundheitswesens angeht, auf ähnlichem Niveau. Wenn man also testet, sollte man sich mindestens auf diese drei Viren testen. Zum Glück sind immer mehr Apotheken in Deutschland Tests gegen alle drei Erreger erhältlich. Generell gilt aber nach meiner festen Überzeugung, wir sollten uns lockermachen und das Zusammensein mit anderen Menschen genießen. Insbesondere sollten wir das Weihnachtsfest nutzen, um Menschen zu begegnen, die ansonsten unter Einsamkeit leiden“, bekräftigte der Arzt und Europaabgeordnete.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



## **Landwirte in unserer Region atmen auf - Kein pauschales Verbot von Pflanzenschutzmitteln in landwirtschaftlichen Gebieten**

### **Landwirtschaft verschafft sich Gehör der Politiker**

Ende November hat das Europäische Parlament den Vorschlag von Europäischen Grünen und Sozialdemokraten in einer spektakulären Abstimmung versenkt. Der Vorschlag wurde von Anfang an von den Europäischen Christdemokraten kritisiert. Zum einen bezog das Reduktionsziel von Pflanzenschutzmitteln um 50% bzw. 65% bis 2030 die bisherigen Leistungen der Landwirtschaft in Deutschland überhaupt nicht ein. Zum anderen hätte das Verbot herkömmlicher Pflanzenschutzmittel in vielen landwirtschaftlichen Gebieten zahlreichen Landwirten praktisch die Nutzung ihrer Äcker unmöglich gemacht.





„Heute ist ein guter Tag für die Landwirte und für alle, die glauben, dass sich die Europäische Union in der jetzigen schwierigen Weltlage mit neuen Belastungen zurückhalten muss. Eine Mehrheit der Abgeordneten hat den völlig überzogenen Vorschlag des ehemaligen EU-Kommissionsvizepräsidenten Frans Timmermans zu Pflanzenschutzmitteln abgelehnt. Reduktion von und sorgfältiger Umgang mit Pflanzenschutzmitteln sind für mich als Arzt und Umweltpolitiker wichtig, aber dieser Vorschlag war absolut unbrauchbar. Jetzt besteht die Chance, in der nächsten Legislaturperiode von Kommission und Parlament ein vernünftiges Konzept in Kooperation mit der Landwirtschaft zu erarbeiten“, so Peter Liese nach der Abstimmung. Er fügte hinzu: „Die jetzige Entscheidung ist gut für die Landwirte und gut für alle, die glauben, dass sich die EU in schwierigen Zeiten zurückhalten muss. Sie ist auch ein Beispiel, wie Politik funktionieren kann, und damit ein Zeichen gegen Politikverdrossenheit. Viele Landwirte waren verzweifelt und die Entscheidung des Parlaments zeigt, dass sich gemeinsames Engagement zwischen Politikern und Bürgern lohnt“, sagte Liese.



## Stimmen aus der Region

**„Dies ist eine große Erleichterung für die Landwirte im Kreis Soest, die nun weiter ihrer Arbeit nachgehen und uns mit hochwertigen Lebensmitteln versorgen können. Ein besonderer Dank gilt Peter Liese für seinen starken und erfolgreichen Einsatz.“**

*Heinrich Frieling, CDU-Landtagsabgeordnete aus dem Kreis Soest*

Besonders betroffen war der Kreis Soest mit dem Vogelschutzgebiet „Hellwegbörde“.

**„Der Kreis Soest atmet auf! Nicht nur die Bäuerinnen und Bauern, auch das gesamte Umfeld der Landwirtschaft, die Naturschutzbehörde und die Biostation sind erleichtert. Ein Totalverbot in Schutzgebieten hätte fatale Folgen für Mensch und Natur im Kreis Soest. Dank an alle, die sich nach ihren jeweiligen Möglichkeiten für die Ablehnung des Kommissionsvorschlags eingesetzt haben. Ein besonderer Dank geht an Dr. Peter Liese für seinen unermüdlichen Einsatz im politischen Umfeld (...).“**

*Josef Lehmenkühler, Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Kreisverbandes Soest*



**„Pauschale Reduktionsziele helfen keinem weiter. Zumal außer Acht gelassen wird, was der Gartenbau in den letzten Jahren schon mit nachhaltigen Produktionsmethoden einsparen konnte. Wir brauchen eine ausreichende Mittelpalette, um die Kulturen vor Schaden und Ausfall zu schützen (...).“**

*Wilhelm Kühn, Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Kreisverbandes Hochsauerland und Peter Horst, Vizepräsident des Landesverbandes Gartenbau NRW*

**„Chemischer Pflanzenschutz sichert die regionale Versorgung mit Lebensmitteln und lässt sich auch mit unseren High Tech Möglichkeiten, sowie unserem Know-How mit dem Schutz der Biodiversität vereinen. Das aktuelle Jahr 2023 zeigt mit seinem Witterungsverlauf ganz explizit auf, wo in Zukunft die Herausforderungen liegen.**

**Wir sind auch ohne eine abstrakte Reduktionsvorgabe, wie die SUR sie darstellt, bereit, in Zukunft Pflanzenbau zu betreiben und dabei Boden, Wasser, Klima und Tiere zu schützen.“**

*Ulrich Brinkmann, Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Kreisverbandes Märkischer Kreis*

**„Wir sind froh, dass durch die Initiativen der EVP gemeinsam mit den Bauernverbänden die SUR Vorschläge im EU Parlament keinen Erfolg hatten. Seit Jahren ist die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln rückläufig, aber das fast vergangene nasse Jahr hat gezeigt, dass gesunde Pflanzen nicht selbstverständlich sind, dafür brauchen wir Bauern in den weit ausgewiesenen Schutzgebieten Möglichkeiten, wir brauchen Handlungsspielraum. Die SUR Vorschläge hätten uns diesen Handlungsspielraum genommen.“**

*Michael Richard, Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Kreisverbandes Olpe, und sein Stellvertreter Bernd Eichert*

**„Wir wären extrem von dem Vorschlag betroffen gewesen, weil bereits viele Bereiche der Soester Börde und des Hellwegs unter einem Schutzgitter liegt. Das wäre nicht nur eine Katastrophe für die Ernährungssicherung aus regionalen Erzeugnissen, sondern auch eine für den Artenschutz selbst, weil die Bodenbearbeitung an sich, die dann logischerweise die Pflanzenschutzmittele substituieren würde, noch viel stärker in unsere Ökosysteme in und auf dem Boden eingreifen und damit zur Abnahme der Artenvielfalt führen würde.“**

*Marie Hoffmann, Agrar-Influencerin und Landwirtin aus Lippetal*

**„Stattdessen sollten wir uns in Absprache mit unseren heimischen Landwirten durchaus ambitionierte Ziele für die Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln setzen, diese müssen aber machbar bleiben. Unsere Bauern sind Arten- und Klimaschützer der ersten Stunde und verdienen entsprechenden Respekt seitens der EU!“**

*Verena Mertens, CDU Ostwestfalen-Lippe*



## **Gegenteilige Entwicklung in Deutschland: Kürzungspläne der Ampel zeugen von mangelndem Respekt gegenüber der Landwirtschaft und müssen zurückgenommen werden!**

„Die Kürzungspläne der Ampelkoalition im Bereich der Landwirtschaft zeugen von mangelndem Respekt für die Arbeit unserer Landwirte und müssen zurückgenommen werden. Dass die Ampelkoalition gleichzeitig den Agrardiesel stärker besteuern will und die volle Kfz-Steuer für die Landwirtschaft erheben möchte, bedeutet eine starke Belastung unserer Landwirte im europäischen Binnenmarkt. In anderen Ländern wird es weiterhin günstigen Agrardiesel und eine Kfz-Steuerbefreiung geben. Die momentan hohen Nahrungsmittelpreise sind für viele Familien eine große Belastung. Die Landwirte, die es sich leisten können, werden die Einbußen, die die Bundesregierung plant, auf die Preise schlagen und damit die Inflation wieder anheizen. Das Ganze ist mit der heißen Nadel gestrickt, und es ist beschämend, dass die Bundesregierung so etwas vorschlägt und der zuständige Minister sich im gleichen Moment davon distanziert“, erklärte Dr. Peter Liese.

## **Anerkennung in der ökologischen Landwirtschaft und Förderungen nötig**

Durch modernste Technologien können Umweltbelastungen in der Landwirtschaft schon heute erheblich reduziert werden. Viele Landwirte in unserer Region wie Karl-Ludwig Kotthoff, der in Meschede-Vellinghausen einen konventionellen Milchviehbetrieb bewirtschaftet, sind hier ganz weit vorne. So setzt der Hof Kotthoff beispielsweise seit Juli 2023 auf ein neues Verfahren zur Behandlung von Gülle, den sog. Manure Enricher der Firma GEA. Hierbei wird Gülle mithilfe von Plasmatechnologie – also ohne chemische Zusätze – so bearbeitet, dass ein neuartiger Dünger entsteht. Er enthält doppelt so viel Stickstoff und bindet wichtige Nährstoffe für ein effizienteres Pflanzenwachstum. Wird dieser Dünger auf die Felder ausgebracht, kann der Ernteertrag um bis zu 40% gesteigert werden. Zusätzliche, künstliche Düngemittel müssen daher dann fast gar nicht mehr eingesetzt werden. Trotz seiner besseren Umweltbilanz, ist dieser neuartige Dünger in der ökologischen Landwirtschaft noch nicht anerkannt. Doch gerade in Bio-Betrieben ist die Technik zur Ertragssteigerung und Kostensenkung wichtig, da nicht auf konventionelle Düngemittel zurückgegriffen werden kann.

Mit dieser Technik können Tierhaltungsbetriebe wie der von Karl-Ludwig Kotthoff ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen außerdem um bis zu 30 % pro Jahr reduzieren. Und das Wichtigste für die Nachbarn: Es stinkt nicht mehr, denn die behandelte Gülle stößt keine Methan- und Ammoniakgase mehr aus.

„Das ist ein echtes Vorzeigeprojekt für die Möglichkeiten technischer Innovation. Das Verfahren zeigt, wie wirtschaftliche Effizienz und Klimaschutz Hand in Hand gehen können. Nicht nur die umweltfreundlichere Herstellung von Milch- und Fleischprodukten wird gefördert, sondern der produzierte Dünger trägt auch zu einer nachhaltigeren und effizienteren Landwirtschaft bei. Solche Pilotprojekte müssen von Bund, Land und Europa mehr gefördert werden“, so Peter Liese.



[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



## Wolf darf nicht über den Menschen und den Interessen der Weidetierhalter stehen

### EU-Kommission schlägt Änderung des internationalen Schutzstatus des Wolfes vor

Im Dezember hat die EU-Kommission vorgeschlagen, den Schutzstatus des Wolfes unter der Berner Konvention von „streng geschützt“ in „geschützt“ zu ändern. Dazu erklärte Peter Liese: „Der Wolf darf nicht über dem Menschen und auch nicht über den Interessen der Weidetierhalter stehen. Daher freue ich mich sehr, dass die Kommission jetzt einen wichtigen Schritt tut, um der stark wachsenden Zahl von Nutztierschäden durch den Wolf etwas entgegenzusetzen. Dazu habe ich auch ganz konkret mit Weidentierhaltern in der Region besprochen und gesehen, wie dramatisch die Lage ist. Wölfe die auffällig sind, müssen auch erschossen werden dürfen. Ich bin Ursula von der Leyen sehr dankbar, dass sie die Anliegen der Menschen im ländlichen Raum ernst nimmt und den Vorschlag durchgesetzt hat.“



Der Wolf steht derzeit nach internationalem und europäischem Recht unter strengt möglichen Schutz, denn er war stark gefährdet. Die Population hat sich aber angefangen zu erholen und hat sich zu einer massiven Bedrohung für den ländlichen Raum und insbesondere für die Weidehaltung entwickelt. 2020 gab es bereits knapp 3.500 Nutztierschäden durch den Wolf. Lange hatte sich Peter Liese für eine Änderung der Gesetzgebung eingesetzt und sich gemeinsam mit seinen Kollegen an Ursula von der Leyen gewandt und um ein besseres Wolf-Management zum Schutz von Weidetieren und Landwirten gebeten. Die vorgeschlagene Änderung der Berner Konvention ist daher nun ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Denn erst wenn die Berner Konvention geändert ist, kann die EU-Gesetzgebung, sprich die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH) angepasst werden. Dadurch würden die Abschüsse von Wölfen deutlich erleichtert.

Trotz Schutzstatus hatte Deutschland jedoch bisher die Möglichkeit, trotzdem gegen die Bedrohung durch den Wolf für die Weidetierhaltung vorzugehen. Die Umweltministerin Steffi Lemke (Bündnis 90/Die Grünen) hatte sich jedoch lange dagegen gesträubt und im Gegenteil sogar für die Beibehaltung des Schutzstatus gekämpft. „Das war ein echter Schlag ins Gesicht der Weidetierhalter. Wir brauchen aber mehr Respekt für Landwirte, Waldbesitzer und die Menschen im ländlichen Raum. Weidetierhaltung fördert Biodiversität und gibt vielen Pflanzen und Tiere einen Lebensraum, der zerstört werden würde, wenn Weidetierhalter aufgrund der zunehmenden Verbreitung des Wolfs diese Haltungsform aufgeben“, betonte Peter Liese.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)





## Erfolgreiche Integration nur durch geregelte Zuwanderung möglich

„Wir haben in Deutschland ein ernsthaftes Problem mit der Zuwanderung. Wir müssen die Sorgen der Menschen und insbesondere die Sorgen der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker ernst nehmen. Wenn Bürgermeister, wenn Kommunalvertreter sagen: ‚Wir kriegen das so nicht mehr hin.‘ Dann müssen Politikerinnen und Politiker aller übergeordneten Ebenen hinhören und sich nach Kräften bemühen, Abhilfe zu schaffen. Ich habe es selbst als Mitglied im Gemeinderat meiner Heimatgemeinde Bestwig erlebt, wie schmerzhaft es ist, wenn man in jeder Ratssitzung darüber diskutieren muss, welche Turnhalle und welche andere Einrichtung für den Normalbetrieb geschlossen wird, weil dort Flüchtlinge untergebracht werden müssen. Ich möchte nicht, dass Kommunalpolitiker solche Entscheidungen treffen müssen. Selbstverständlich müssen wir Menschen in Not helfen. Das Asylrecht steht bei uns im Grundgesetz und wir sind aufgrund internationaler Verträge, zum Beispiel der Genfer Flüchtlingskonvention, verpflichtet, Menschen aus Bürgerkriegsgebieten aufzunehmen. Aber laut einer Zahl, die Ursula von der Leyen vor einigen Wochen während einer Fraktionstagung genannt hat, sind über die Hälfte der Menschen, 58 %, die zu uns kommen, weder asylberechtigt, noch können Sie einen Status nach der Genfer Flüchtlingskonvention bekommen. Sie haben subjektiv gute Gründe, ihre Heimat zu verlassen und in Deutschland ein besseres Leben zu suchen, aber sie haben eben kein Recht darauf“, betonte Peter Liese bei einer [Rede](#).



Warum gibt es bisher noch keine Lösung? Darauf antwortet Peter Liese wie folgt: „Die Mitgliedstaaten haben sehr lange gebraucht, um sich auf eine gemeinsame Position festzulegen. Und ein großes Problem war hier die deutsche Bundesregierung, die bis zuletzt einen wichtigen Teil des Pakets blockiert hat. Als die Blockade dann beendet war, sprach der Bundeskanzler von einer historischen Einigung. Wir hätten diese Einigung früher haben können, wenn der Bundeskanzler an dieser Stelle mehr Führung gezeigt hätte. Jetzt ist es aber noch so, dass das, was der Ministerrat nach viel Hin und Her vereinbart hat, mit dem Europäischen Parlament verhandelt werden muss. Wir als Christdemokraten sind bereit, schnell abzuschließen. Wir waren dies auch schon vor vielen, vielen Monaten. Das Problem sind andere Fraktionen im Europäischen Parlament, darunter Linke, Grüne und Sozialdemokraten.“

Auch beim Thema Ordnung wurde sehr viel Zeit verschwendet. „Hätten wir die europäische Lösung schon vor zwei Jahren gehabt, wären wir sicherlich heute ein Stück weiter. Man muss aber der Ehrlichkeit halber sagen, dass eine Einigung jetzt in den nächsten Wochen nicht dazu führen wird, dass unmittelbar die Flüchtlingszahlen zurückgehen. Deswegen brauchen wir auch nationale Maßnahmen und unabhängig davon müssen wir unsere Hausaufgaben in Deutschland machen. Als Europaabgeordneter ist das schwierig, aber ich bin genau wie Friedrich Merz und die Kolleginnen und Kollegen der Bundestagsfraktion für Kontrollen an den Grenzen zwischen Deutschland und Polen und zwischen Deutschland und Tschechien.“



Am 16. Oktober wurden diese endlich auf Druck der CDU/CSU eingeführt. In dem einen Monat zwischen dem 16. Oktober und 16. November haben die eingesetzten Kräfte der Bundespolizei insgesamt 11.029 unerlaubte Einreisen festgestellt. 4790 von den Personen, die dort eingereist sind, sind sofort an der Einreise gehindert worden. 266 Schleuser sind festgenommen worden. Was lehrt uns das? Wenn die Sozialdemokraten und Grünen sagen, eine Maßnahme bringe nichts, ist das vor allem von Ideologie und nicht von Fakten getrieben. Und solange wir keinen funktionierenden Schutz an den Außengrenzen haben, brauchen wir diese Grenzkontrollen. Wir brauchen sie auch, weil Putin und der weißrussische Diktator Lukashenko Migration über Europa ganz bewusst als politische Waffen gegen uns einsetzen“, so Liese.

Auch eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen sei unabdingbar. 2016 hat der Bund noch etwa 40 Prozent der Kosten für Flüchtlinge übernommen, 2022 sind es nur noch 23 Prozent gewesen und im laufenden Jahr liefen die Zusagen auf etwa 19 Prozent hinaus. Bei den Sozialleistungen seien ebenfalls Anpassungen notwendig. Die Einführung einer Bezahlkarte sei dabei ein wichtiger erster Schritt.

Peter Liese betonte insgesamt aber auch, dass Menschen, die kein Recht haben, zu uns zu kommen, uns nicht egal sein dürfen. Ganz zentral sei dabei, aktiv einen Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen zu leisten.

Am Ende seiner Rede resümierte Liese: „Zum Schluss möchte ich ein Problem ansprechen, dass nicht nur, aber auch mit der Zuwanderung zu tun hat. Es muss sich in Deutschland wieder stärker lohnen, zu arbeiten und es darf nicht so attraktiv sein, von sozialen Transferleistungen wie Bürgergeld zu leben und das gilt nicht nur für Menschen, die zu uns kommen, das gilt auch für Menschen, die schon lange bei uns wohnen oder hier geboren sind mit oder ohne Migrationshintergrund. Die Art und Weise, wie das Bürgergeld eingeführt wurde und wie es jetzt zum 1. Januar erhöht werden soll, ist ein großes Problem. Unsere Sozialleistungen sind ein Grund dafür, dass viele Menschen in die sozialen Sicherungssysteme zuwandern und eben nicht in den Arbeitsmarkt. Wir brauchen geregelte Zuwanderung. Wir müssen uns auf diejenigen konzentrieren, die ein Recht haben und die wirklich verfolgt sind. Wir müssen denen, die kein Recht haben, besser vor Ort helfen und wir müssen denen, die kommen, um zu arbeiten, einen besseren Weg aufzeigen. Das heißt Humanität und Ordnung bei der Zuwanderung. Und dafür stehen wir als CDU.“



In einer Veranstaltung in Soest mit der migrationspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Lena Düpont, dem Vorsitzender des europäischen Kolpingwerks, Vasyl Savka, dem Hauptgeschäftsführer Städte- und Gemeindebund NRW und ehemaligen Bürgermeister von Bestwig und Lippstadt, Christoph Sommer, dem Mitglied des Kreistags und Vorsitzender des CDU Ortsverbandes Oeventrop, Bernd Liesenfeld und dem Ratsmitglied in Soest und Vorsitzende des CDU-Stadtverbands Soest, Helena Brüggemann wurde dieses aktuelle Thema diskutiert.

## [Video zur Veranstaltung](#)



## EU-Parlament stimmt für Reduzierung von Verpackungen und Verpackungsmüll

**Das Ziel, Plastikmüll zu bekämpfen und Recycling europaweit zu erleichtern, ist richtig / Verbot von Zuckertütchen vom Tisch / Viele Anliegen von Unternehmen aus der Region aufgenommen**

Das Europäische Parlament hat den Vorschlag der Europäischen Kommission zu Verpackungen und Verpackungsabfällen substanziell abgeändert. Viele Vorschriften, die in der Öffentlichkeit kritisiert wurden, sind grundsätzlich geändert oder komplett gestrichen worden. So wurde z.B. auch das umstrittene Verbot von Papiertütchen von Zucker, Salz, Pfeffer und Süßstoff gestrichen.

Peter Liese erklärte: „Ich halte es für richtig, insbesondere die Plastikflut zu bekämpfen und das Recycling in den Ländern Europas zu verbessern, in denen es noch nicht so gut funktioniert. Wir brauchen einen starken Binnenmarkt für recycelte Rohstoffe für den Aufbau unserer Kreislaufwirtschaft, aber wir brauchen keine Verbotsorgie. Papier ist ein nachhaltiges Material und wir haben in Europa im Moment wirklich andere Sorgen, als uns mit Papiertütchen zu beschäftigen.“



Peter Liese machte darauf aufmerksam, dass das Parlament, die Kommission sowie der Ministerrat die Papiertütchen für beispielsweise Zucker zurzeit noch selbst nutzen. Ein Verbot dieser empfand er deswegen als absurd.

Peter Liese hatte im Vorfeld der Abstimmung mit vielen Unternehmen aus der Region gesprochen, beispielsweise der Firma Maag in Ense, der GSD Verpackungen Gerhard Schürholz GmbH in Drolshagen, der Firma Menshen in Finnentrop, der Firma Grünwald in Kirchhundem, der Firma W. u. H. Fernholz GmbH & Co. KG in Meinerzhagen, dem Papier-Hersteller WEPA in Arnsberg-Müschede und Marsberg-Giershagen und Reno de Medici in Arnsberg, und sich für ihre Positionen eingesetzt. Die Verpflichtung für den Versandhandel, in Zukunft Mehrwegsysteme für ihre Verpackungen anzubieten, wurde für die Länder ausgesetzt, die eine hohe Recyclingquote bei dem entsprechenden Material haben. Das heißt konkret für Deutschland, dass diejenigen, die beim Versandhandel auf Papier und Pappe setzen, von der Verpflichtung ausgenommen werden. „Ich halte das für sehr wichtig, weil wir Plastik und Papier nicht auf eine Stufe stellen dürfen. Firmen, die Plastik vermeiden, indem sie Papier einsetzen, dürfen nicht bestraft werden“, bekräftigte Liese.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



## Klimakonferenz in Dubai beschließt Abkehr von fossilen Brennstoffen

**Klares Signal an Investoren: Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz lohnen sich / Auch Kernenergie wird und muss eine Rolle spielen / Bundesregierung muss bessere Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft schaffen**

„Ich bin wirklich positiv überrascht. Ich hätte nicht geglaubt, dass es uns gelingt, in einem Ölstaat wie Dubai die Abkehr von Kohle, Öl und Gas zu schaffen. Der Text könnte zwar klarer sein, aber trotzdem stimmt die Richtung. Das wird Investoren auf der ganzen Welt klarmachen, dass es sich nicht mehr lohnt, in fossile Energien zu investieren. Vielmehr werden die Aktien für erneuerbare Energien, Energieeffizienz und auch Kernenergie steigen. Die deutsche Regierung hat das Dokument akzeptiert, obwohl die Rolle der Kernenergie dort klar beschrieben ist. Das heißt, sie müssen auch zuhause umsteuern und eine Reaktivierung der kürzlich abgestellten Kernkraftwerke ernsthaft prüfen sowie Forschung in neue Technologien ermöglichen und unterstützen“, erklärte Peter Liese kurz nach der Annahme der Schlussresolution bei der UN-Weltklimakonferenz in Dubai.



Peter Liese mit dem Verhandlungsführer der USA, John Kerry, mit dem die EU erfolgreich zusammenarbeiten konnte.

„Ich bin sehr stolz, dass ich als Delegationsleiter des Europäischen Parlaments einen kleinen Beitrag zum Erfolg leisten konnte. Wir haben vor allem mit ärmeren Ländern, kleinen Inselstaaten, aber auch mit vielen anderen Partnern zusammengearbeitet und mit China Klartext gesprochen. In Deutschland müssen wir jetzt den Unternehmen, die sich auf den Weg zur Klimaneutralität gemacht haben, Steine aus dem Weg räumen. Es gibt immer noch kein Gesetz zu Transport und Lagerung von CO<sub>2</sub>. Damit ist die Dekarbonisierung der Kalk- und Zementindustrie de facto verboten. Der Ausbau erneuerbarer Energien scheitert an zu langen Genehmigungsverfahren. Wir müssen jetzt endlich mehr Tempo machen. Klimaschutz ist und bleibt eine der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit. Wir müssen den weltweiten Anstieg der Emissionen endlich in den Griff bekommen und alle wesentlichen Verursacher von CO<sub>2</sub>-Emissionen davon überzeugen, was zum



Peter Liese im Gespräch mit dem chinesischen Chefunterhändler Xie Zhenhua

Erreichen der Pariser Klimaziele nötig ist. Die internationalen Konferenzen sind mühsam und oft frustrierend, aber ein wichtiger Teil der Lösung und ich bin wirklich positiv überrascht“, betonte Peter Liese, der als Delegationsleiter des Europäischen Parlaments an der UN-Klimakonferenz teilnehmen durfte.



**Für viele Firmen in der Region ist das Ergebnis eine Chance, weil sie im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz führend sind und ihre Produkte in Zukunft auf der ganzen Welt noch besser verkaufen können.**

In einem Pressegespräch vor der Klimakonferenz mit Peter Liese positionierten sich Vertreter von drei Unternehmen, die im Bereich Kalk, Stahl und Zement die europaweit ersten Projekte für dekarbonisierte Industrieanlagen vorantreiben sich wie folgt:

„In der deutschen Debatte wird vor allem von der unsäglichen sogenannten ‚Letzen Generation‘ oft der Eindruck erweckt, als gäbe es eine nationale Luftsäule über Deutschland und wenn wir diese dekarbonisieren, dann wäre der Kampf gegen den Klimawandel erfolgreich. Das ist natürlich kompletter Unsinn. Effektiver Klimaschutz geht nur weltweit und dafür ist eine geschlossene Europäische Union unabdingbar. Nur gemeinsam können wir den Rest der Welt beeindrucken und beeinflussen. Dabei ist es extrem wichtig, dass wir nicht nur klimaneutral werden, sondern auch Industrieland bleiben.



Besuch beim Zementwerk von HeidelbergMaterials in Geseke und Gespräch mit Werksleiter Dr. Steffen Gajewski.

Denn nur dann werden uns andere Länder und Regionen folgen. Deswegen ist es so wichtig, dass wir sehr schnell die Investitionen ermöglichen, die die Industrie zur Klimaneutralität führen. Dabei geht es nicht nur und oft noch nicht mal vor allem um Geld, sondern um Genehmigungsverfahren sowie die Bereitstellung erneuerbarer Energien und grünen Wasserstoffs.“

„Klimaschutz und Wirtschaftswachstum gehen zusammen, aber dafür müssen die Scheuklappen weg. Wir müssen ganz schnell die Lagerung und Speicherung von CO<sub>2</sub> in Deutschland erlauben und wir brauchen viel schnellere Genehmigungsverfahren für alle Prozesse, da heißt z.B. erneuerbare Energien, Wasserstoffproduktion, aber auch CO<sub>2</sub>-freie Stahl-, Zement- und Kalkwerke, die zur Dekarbonisierung beitragen. Klimaschutz und Wirtschaftswachstum müssen Vorrang vor anderen wünschenswerten, auch umweltpolitischen Zielen, wie zum Beispiel Biodiversität und Chemikalienpolitik haben“, fügte Liese hinzu.



## Drei regionale Projekte zu Dekarbonisierung

1. Die Firma SMS aus Düsseldorf/Hilchenbach baut das erste klimaneutrale Stahlwerk in Schweden und ist der Technologieführer beim Umbau des größten Stahlwerks Europas Thyssen Krupp hin zur Klimaneutralität. Tim Kleier, Head of Green Steel der SMS Group: „Als weltweit agierender Anlagenbauer in der metallurgischen Prozess-Industrie liefern wir die Lösungen für die globale Dekarbonisierung der Metall-Industrien. Dazu brauchen wir pragmatische Offenheit für Lösungsvielfalt und positive Berichterstattung über den Wandel der Industrie.“



2. Die Firma Lhoist (Rheinkalk GmbH) erhält 228 Millionen Euro für den klimaneutralen Umbau ihres Kalkwerks in Wülfrath im Kreis Mettmann. Das gesamte finanzielle Volumen des Projekts beläuft sich auf etwa eine Milliarde Euro. Über 20 Prozent dafür kommen aus dem Europäischen Innovationfonds. Das Projekt kann also ohne Mittel aus dem Bundeshaushalt oder dem Landeshaushalt finanziert werden. Die Fördervereinigung (Grant Agreement) wurde jetzt unterzeichnet und das Projekt geht am 01. Januar offiziell an den Start. Nach der finalen Investitionsentscheidung durch das Unternehmen wird die Kalkproduktion in Wülfrath auf der Basis von Kohlestoffabscheidung und -lagerung (CCS) in einem der deutschlandweit größten Projekte dieser Art dekarbonisiert.

Thomas Perterer, Geschäftsführer Lhoist Germany: „Wir wollen mit der Dekarbonisierung von Europas größtem Kalkwerk im nordrhein-westfälischen Wülfrath vorangehen. Denn Kalk bleibt ein unverzichtbarer Grundstoff, auch in der klimaneutralen Zukunft. Doch die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Kalkstein sind unvermeidbar. Deswegen kann die Transformation unserer Branche nur mit CCS ein Erfolg werden. Wir setzen jetzt auf starke Signale von der COP und noch mehr auf tatsächliches Handeln in der EU und in Deutschland, um die dafür notwendigen regulatorischen Rahmenbedingungen schleunigst auf den Weg zu bringen.“

„Um das Projekt 2029 an den Start zu bringen, muss die Ampel-Regierung in Berlin endlich eine Gesetzesänderung auf den Weg bringen, die sie schon seit zwei Jahren diskutiert. Bisher sind der Transport und die Lagerung von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) illegal. Die Ampel hat zwar allen Beteiligten versprochen, das Gesetz zu ändern, das Vorhaben scheint aber beim allgemeinen Regierungschao in Berlin ein bisschen ins Hintertreffen geraten zu sein. Das muss jetzt schnell geändert werden. Wenn private Investoren mithilfe der Europäischen Union ohne einen Cent deutscher Steuergelder in Klimaneutralität investieren, müssen wir ihnen alle Türen öffnen“, forderte Liese in diesem Zusammenhang.

3. Die Firma HeidelbergMaterials plant in Geseke in Nordrhein-Westfalen das erste klimaneutrale Zementwerk. Es geht um Investitionen von einer halben Milliarde Euro, die Firma erhält dazu einen dreistelligen Millionenbetrag aus dem Europäischen



Innovationsfond. Geseke wird das erste deutsche Zementwerk sein, das klimaneutralen Zement auf der Basis von Kohlestoffabscheidung und -lagerung (CCS) produziert.

Die Projekte in seiner Heimatregion Westfalen machen Peter Liese sehr stolz, allerdings muss die Bundesregierung, wie oben bereits aufgezeigt, die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, um die Projekte zu unterstützen.

**Zu Gast im Deutschlandfunk:** „Wir als CDU/CSU Europagruppe haben ein klares Konzept für den Klimaschutz. Wir setzen auf Technologieoffenheit, Marktwirtschaft und Freiheit, aber einen klaren Rahmen durch den Emissionshandel und gezielte Unterstützung der Menschen - und das gemeinsam in Europa. Das konnte ich bei der Live-Disk@deutschlandfunk deutlich machen. Darüber hinaus brauchen wir unbedingt mehr Engagement, damit die Hauptverursacher, unter anderem China und USA, ihrer Verantwortung nachkommen“, so Liese. Hier die Diskussion zum Nachhören: <https://www.deutschlandfunk.de/kontrovers-endspiel-im-emirat-haben-wir-noch-kraft-fuer-den-klimaschutz-dlf-db899a43-100.html>

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

## LKW-Emissionsnormen: Tür zur Technologieneutralität bleibt geöffnet

### Plenum spricht sich für ambitionierte CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele und Berücksichtigung von CO<sub>2</sub>-neutralen Kraftstoffen aus / Niederlage für Grüne und Sozialdemokraten

In einer knappen Abstimmung hat sich das Europäische Parlament für die Berücksichtigung von CO<sub>2</sub>-neutralen Kraftstoffen wie eFuels und für ambitionierte Reduktionsziele für LKW und Busse ausgesprochen.

Peter Liese erklärte: „Erstmals hat das Europäische Parlament die Tür zur Technologieneutralität geöffnet. Darüber bin ich sehr froh. Ich erkenne zwar an, dass die meisten Hersteller auf Elektromobilität und/oder Wasserstoff setzen, aber niemand weiß, was im Jahr 2035 oder 2040 Stand der Technik sein wird. Ob synthetische Kraftstoffe genutzt werden, sollte nicht die Politik, sondern der Markt und die Ingenieure entscheiden.“



Ob synthetische Kraftstoffe genutzt werden, sollte nicht die Politik, sondern der Markt und die Ingenieure entscheiden.“

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



## Kommission nimmt Vorschlag zum Kampf gegen illegalen Welpenhandel an

### Tierquälerei beenden, um Gesundheit von Mensch und Tier schützen / Brief von EVP-Abgeordneten an Ursula von der Leyen zeigt Wirkung

Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag zum Schutz von Haustieren, insbesondere Hunden und Katzen angenommen. „Dadurch wird insbesondere der Kampf gegen den illegalen Welpenhandel verstärkt“, teilten Peter Liese und Marlene Mortler, sachzuständige Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament mit.

In einem gemeinsamen Schreiben an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides hatten mehrere Mitglieder der EVP-Fraktion, unter der Leitung von Marlene Mortler, Peter Liese und Esther de Lange, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der EVP, dringlich auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Schutz von Haustieren in der EU zu verbessern.

„Wir können in Europa stolz auf unsere hohen Tierschutzstandards sein. In der Praxis zeigt sich aber leider oft, dass unsere strengen Regeln umgangen werden. Dadurch floriert beispielsweise der illegale Welpenhandel in der EU. Mit unserem Brief weisen wir Kommissionspräsidentin von der Leyen und Kommissarin Kyriakides mit Nachdruck darauf hin und begrüßen einen Vorschlag der Kommission, weil uns Tierheimbetreiber immer wieder auf diese Missstände hinweisen. Schließlich geht es um das Wohl von allen Heimtieren, so wie Hunden und Katzen“, erklärte Mortler.

„Endlich haben wir es geschafft: Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag zum Schutz von Haustieren, insbesondere zum Kampf gegen den illegalen Welpenhandel, vorgelegt. Wir haben uns intensiv dafür eingesetzt. Illegaler Welpenhandel ist ein Verbrechen gegen den Tierschutz und bringt auch Gefahren für unsere Gesundheit. 80% der Tiere, die aus illegalem Handel stammen, haben nach Auskunft des Deutschen Tierschutzbundes Krankheiten, weil sie nicht geimpft, nicht behandelt, nicht untersucht worden sind. Das gefährdet auch unser aller Gesundheit. Es sind zum Teil mafiöse Strukturen und wir müssen endlich dagegen vorgehen“, schloss sich Liese an.

Der Vorschlag sieht präzise Regeln für die Aufzucht und den Transport von Haustieren, insbesondere von Katzen und Hunden, vor. Ganz entscheidend ist nach Ansicht von Experten ein System zur Rückverfolgbarkeit. Alle Hunde und Katzen sollen in Zukunft einen Chip tragen, damit klar identifizierbar ist, woher sie kommen. Der Kampf gegen den illegalen Handel soll durch mehr Kontrollen und härtere Strafen bekämpft werden.

„Mein großer Dank gilt allen, die sich für den Tierschutz einsetzen!“, so Liese.



Seit Februar dieses Jahres bieten Peter Liese und seine Frau dem Mischlingshund Sophie ein Zuhause. Sophie wurde in Griechenland von Tierschützern vor einer Tötungsstation gerettet.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



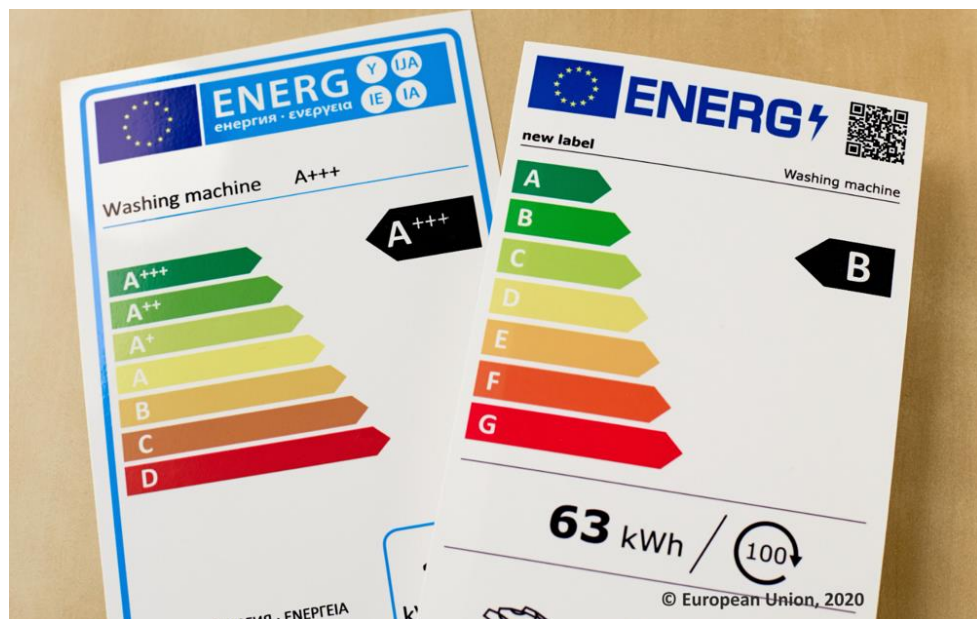
## Neue Regeln für Ökodesign

### Bewährtes Instrument der Europäischen Klima- und Umweltpolitik wird weiterentwickelt

Das Europäische Parlament hat sich auf neue Regeln für die sogenannte Ökodesign-Verordnung geeinigt. Die vormalige Ökodesign-Richtlinie regelt seit etwa 20 Jahren den Energieverbrauch von Geräten und hat durch das Setzen von Standards riesige Mengen an CO<sub>2</sub> und Energie eingespart. So wurden zum Beispiel Standby-Schaltungen mit einem hohen Energieverbrauch durch sehr effiziente Schaltungen ersetzt, die den Standby-Verbrauch von Fernsehern, Computern und anderen Geräten auf fast Null reduzieren. Die Ökodesign-Maßnahmen haben zu einem 10%-igen Rückgang des jährlichen Energieverbrauchs in den 31 Produktgruppen geführt und z.B. 2020 89 Millionen Tonnen Öläquivalent (Mtoe) an Energie eingespart. Diese bisherigen Einsparungen entspricht nach Aussagen der Europäischen Kommission dem Energieverbrauch von Italien und Schweden. Nun soll das Instrument auch auf andere wichtige Aspekte ausgeweitet werden, insbesondere den Ressourcenverbrauch bei der Herstellung der Produkte und die Recyclingfähigkeit.

Peter Liese betont diesbezüglich:

„Ökodesign ist, wenn es richtig angewandt wird, ein kluges Instrument der europäischen Umwelt- und Klimaschutzpolitik. Der Charme des Instrumentes ist, dass die Regeln nicht nur für diejenigen Hersteller gelten, die in Europa produzieren, sondern auch für Importe. Das heißt, auch chinesische und amerikanische Firmen, die ihre Geräte auf dem europäischen Markt verkaufen wollen, müssen sich an die Regeln halten. Ich begrüße die Einigung insbesondere deshalb, weil die Rechte des Europäischen Parlamentes gestärkt wurden. Wir können eine technische Regelung durch einen delegierten Rechtsakt im Parlament stoppen, wenn wir meinen, die Kommission schießt über das Ziel hinaus. Außerdem ist es gelungen, die Sorgen des Mittelstandes aufzunehmen und insgesamt ausreichend lange Übergangszeiten zu erreichen. Ich begrüße auch, dass Autos von der Ökodesign Richtlinie ausgenommen werden. Wir haben für PKW und LKW zahlreiche detaillierte Einzelvorschriften, die nicht nur den Energieverbrauch, sondern auch die Recyclingfähigkeit berücksichtigen. Deswegen wäre die Einbeziehung unnötige Doppelregulierung gewesen.“



[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



## EU-Institutionen einigen sich auf Reduktion des Klimagases Methan

### Gut für das Klima

Das Europäische Parlament hat sich mit Kommission und Mitgliedstaaten auf eine Reduktion des klimaschädlichen Methans geeinigt. Der Vorschlag ist ein Kompromiss und wesentlich pragmatischer als die ursprünglichen Ideen der Grünen Berichterstatterin Jutta Paulus.

Peter Liese sowie Christian Ehler begrüßten das Ergebnis: „Die Verordnung leistet einen wichtigen Beitrag zur Reduktion des klimaschädlichen Methans, gleichzeitig ist das Ergebnis pragmatisch, weil die Landwirtschaft zunächst ausgenommen ist. Gerade in der jetzigen Phase, wo die Nahrungsmittelpreise steigen, müssen wir mit Belastungen für die Landwirtschaft äußerst zurückhaltend sein. Wir begrüßen auch, dass die Regeln zum Import von Gas so flexibel sind, dass man Alternativen zum russischen Gas weiter nutzen kann.“

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



## Erfolgreicher Einsatz für Industrie & Landwirtschaft Industrieemissionsrichtlinie substanziell geändert

Das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten haben sich auf Kompromisse zur Reform der Vorgaben für Industrieemissionen geeinigt. Mit der Industrieemissionsrichtlinie werden seit vielen Jahren Schadstoffe wie Stickoxide und Methan aus Industrieanlagen kontrolliert und reduziert. Die Kommission hatte nun eine Verschärfung vorgeschlagen. Neben dem ungünstigen Zeitpunkt des Vorschlags in einer Krisensituation mit Inflation, hohen Energiepreisen und unsicheren Lieferketten wurde insbesondere kritisiert, dass der Vorschlag für viele Unternehmen zu unerreichbaren Emissionsgrenzwerten für ihre Industrieanlagen und einer weiteren Bürokratisierung der Planungsverfahren geführt hätte. Dem Vorschlag wurden mit der Einigung viele Giftzähne gezogen.

Dazu erklärte Peter Liese: „Ich bin sehr froh, dass es uns zunächst im Plenum des Europäischen Parlaments und dann im Trilog gelungen ist, die Interessen der Industrie und der Landwirtschaft zu berücksichtigen. Pläne, die Auflagen für die Industrie dramatisch zu verschärfen, wie sie Timmermans vorgelegt hat, wären in der jetzigen schwierigen Situation Gift für Wohlstand und Arbeitsplätze gewesen und für den Schutz der Umwelt waren sie nicht erforderlich, weil wir ein funktionierendes Instrument haben. So ist es uns gelungen, klarzustellen, dass Unternehmen, die sich auf den Weg der Transformation zur Klimaneutralität machen, für ihre Bestandsanlagen keine zusätzlichen Auflagen bekommen. Des Weiteren ist es uns gelungen, eindeutig klarzustellen, dass die Umweltschutznormen sich auch in Zukunft an dem technisch Machbaren für den einzelnen Betrieb orientieren und nicht wie im Kommissionsvorschlag vorgesehen theoretische Werte festgelegt werden, die für den jeweiligen Betrieb in der jeweiligen Situation nicht machbar sind. Für unsere Region

gibt es eine weitere gute Nachricht: Drahtziehereien werden von den neuen Vorgaben entgegen des ursprünglichen Texts nicht betroffen sein.“

Besonders kritisch war auch der Vorschlag der Kommission, Emissionen aus der Landwirtschaft mit Rindern aufzunehmen und für die Schweine- und Geflügelzucht weitere Vorgaben zu verschärfen. Rinder werden nun aber ganz aus den Vorschriften rausgehalten. Peter Liese betonte: „Die Idee, Rinder in die Richtlinie einzubeziehen war von vornherein falsch, da aus Tierwohlgründen Rinder in offenen Ställen oder auf der Weide gehalten werden und dies mit Industrieanlagen überhaupt nicht verglichen werden kann. Das Ergebnis zeigt, dass wir Christdemokraten die Zeichen der Zeit erkannt haben und zugunsten von Industrie, Arbeitsplätzen und Landwirtschaft liefern können.“



Auch Unternehmen aus der Region sind von der Revision der Industrieemissionsrichtlinie betroffen, deswegen diskutierte der Peter Liese gemeinsam mit Hans-Jürgen Thies MdB bei einer gemeinsamen Veranstaltung in Erwitte mit Vertretern aus Industrie und Landwirtschaft, unter anderem den Firmen Spenner, thomas zement, Portlandzementwerk Wittekind (Erwitte) und Dyckerhoff (Geseke), EGGER Holzwerkstoffe Brilon GmbH, Brauerei C.& A. VELTINS GmbH & Co. KG (Meschede), die Emmerhof GbR aus Nieheim, vom Gut Dinkelburg aus Borgentreich sowie vom Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverband.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



## Meilenstein auf dem Weg zur Gesundheitsunion Europäisches Parlament unterstützt einen Europäischen Gesundheitsdatenraum

Der Europäische Gesundheitsdatenraum (EHDS) ist einer der zentralen Bausteine der Europäischen Gesundheitsunion und ein Meilenstein in der digitalen Transformation der EU. Die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit relevanter und genauer Daten ist für die Gesundheitssysteme der EU von entscheidender Bedeutung. Derzeit gibt es jedoch Unterschiede bei den Methoden, Formaten und Systemen der Datenerhebung in den verschiedenen Mitgliedstaaten und sogar innerhalb der nationalen Gesundheitssysteme. Der rechtzeitige Zugang zu aktuellen Daten ist jedoch für eine wirksame Entscheidungsfindung unerlässlich, insbesondere bei Notfällen oder Krankheitsausbrüchen im Bereich der öffentlichen Gesundheit.



Die Europäische Verordnung wird dazu führen, dass allen Patientinnen und Patienten die Möglichkeit gegeben wird, ihre Gesundheitsdaten über Smartphones oder elektronische Gesundheitskarten zu speichern und dann, wenn sie es wollen, an den behandelnden Arzt weiterzugeben. Durch technische Lösungen wird es auch möglich sein, die Daten im europäischen Ausland, in einer anderen Sprache zur Verfügung zu stellen. „Dies ist ein großer Fortschritt, vor allem in Notfällen im Ausland, und erleichtert die medizinische Versorgung. Wer schon einmal einen medizinischen Notfall im Ausland hatte, weiß, wie schwierig es ist, den behandelnden Arzt über Vorerkrankungen, Medikamente oder Allergien zu informieren. Mit der digitalen Patientenakte können Medikationspläne, medizinische Bilder oder Laborergebnisse einfach mit Ärzten geteilt werden. Das ist ein echter Quantensprung für alle Patienten. Dabei kann jeder selbst entscheiden, wer auf seine Gesundheitsdaten zugreifen darf, was er sehen soll, und welche Daten verborgen bleiben“, betonte Dr. Peter Liese.

Im Extremfall kann dieses System Menschenleben retten, weil Missverständnisse vermieden werden und man sofort gezielt behandeln kann. Mediziner und Wissenschaftler aus der Region, wie zum Beispiel Professor Dr. Veit Braun, Chefarzt der Neurochirurgie am Jung-Stillen-Krankenhaus in Siegen und Professor an der Lebenswissenschaftlichen Fakultät der Uni Siegen, beschrieb bei einer Veranstaltung zum Thema Krebs folgende Situation: Ein Patient ist nicht ansprechbar, und er fragt die Angehörigen nach den Medikamenten, die der Patient nimmt. Daraufhin lautet die Antwort oft nur: „So grüne Tabletten“... Der Europäische Gesundheitsdatenraum würde hier ermöglichen, die Krankheitsgeschichte schnell ausfindig zu machen und die richtige Diagnose zu stellen.

Sehr wichtig für die Forschung ist auch die sogenannte Sekundärnutzung von Daten. In pseudonymisierter Form, das heißt ohne Rückverfolgbarkeit zu einem speziellen Patienten, können Forscherinnen und Forscher die Daten nutzen. Dies ist laut Liese von großem Wert für die Bekämpfung von Krankheiten wie Krebs und war ein wichtiger Bestandteil des Europäischen Krebsaktionsplans von 2021.



**„Als Kinderonkologen begrüßen wir die Einführung des Europäischen Gesundheitsdatenraumes sehr. Wir erhoffen uns dadurch den Abbau aktueller Hürden im Datenaustausch, unter denen insbesondere krebskranke Kinder leiden. Denn diese sind auf die reibungslose europaweite Durchführung klinischer Studien zur Verbesserung ihrer Heilungsraten besonders angewiesen.“**

*Prof. Angelika Eggert, Leiterin der Kinderkrebsklinik in der Charité in Berlin (Klinikdirektorin für Pädiatrie m.S. Onkologie und Hämatologie) und frühere Vorsitzende der deutschen Gesellschaft für Kinderonkologie (GPOH)*

Liese fügte hinzu: „Ich finde es schade, dass es so lange gedauert hat. Das lag unter anderem daran, dass die Sozialdemokraten eine Regelung, die Minister Lauterbach schon seit Monaten in Deutschland unterstützt und die jetzt auch der Bundestag beschlossen hat, auf europäischer Ebene bekämpft haben, nämlich die sogenannte Opt-out-Regelung. Gut ist, dass sie jetzt endlich eingelenkt haben.“

Über den letztgenannten Punkt gab es im Vorfeld intensiven Streit: „Die Gesundheitspolitiker aller Fraktionen und vor allen Dingen alle Forscherinnen und Forscher sowie die Deutsche Bundesärztekammer waren für ein Opt-out-System. Das heißt Patienten, die nicht wollen, dass ihre Daten zu Forschungszwecken genutzt werden, können dem widersprechen. Teile von Grünen, Linken und Sozialdemokraten (die Mitglieder im Innenausschuss) haben stattdessen für ein Opt-in-System plädiert, d.h. jeder Patient hätte in jedem einzelnen Fall für jedes Forschungsvorhaben einzeln zustimmen müssen. Wir als EVP waren von Anfang an geschlossen für Opt-out, weil alle Forscherinnen und Forscher mit denen wir gesprochen haben, gesagt haben, dass bei einem Opt-in praktisch keine Nutzung von Daten möglich wäre und wichtige Forschungsvorhaben komplett zum Erliegen gekommen wären. Ich bin froh, dass sich am Ende auch die anderen Fraktionen der Opt-out-Lösung angeschlossen haben und sich auch dort die Gesundheitsexperten durchgesetzt haben“, bekräftigt Liese.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Peter Liese im Austausch mit Prof. Dr. Veit Braun, Chefarzt Neurochirurgie am Jung-Stilling Krankenhaus in Siegen und Professor an der Lebenswissenschaftlichen Fakultät der Uni Siegen. Ärzte und Forscher aus der Region unterstützen das Vorhaben der EU zu einem gemeinsamen Gesundheitsdatenraum.



## Europa-Schecks fördern unbürokratisch Engagement in NRW

### Kreative Projekte umsetzen, um Bewusstsein für europäische Werte vor Ort zu fördern / Antragsfrist 01.01.2024

„Die Landesinitiative Europa-Schecks bietet eine hervorragende Gelegenheit, Europa in Südwestfalen und im Hochstift zu stärken. Diese finanzielle Förderung ermöglicht es, kreative Projekte umzusetzen und das Bewusstsein für die europäischen Werte in unserer Region zu fördern“, teilt Peter Liese mit.

Er weist darauf hin, dass Vereine, Kommunen, Schulen, Hochschulen, außerschulische Einrichtungen und Institutionen in Nordrhein-Westfalen ab

sofort aufgerufen sind, sich an der neuen Landesinitiative Europa-Schecks zu beteiligen. Sie können eine finanzielle Unterstützung von bis zu 25.000 Euro für ihre Projekte beantragen. Unterstützt werden Vorhaben, die sich vielfältig für die europäischen Werte einsetzen, den Menschen die unterschiedlichen Facetten einer lebendigen Demokratie näherbringen und sich zivilgesellschaftlich für Europa in Nordrhein-Westfalen stark machen. Insgesamt stellt das Land eine Million Euro für die Europa-Schecks zur Verfügung.

Es soll dabei der Mehrwert Europas für unser Land aufgezeigt und das Engagement für europäische Werte gestärkt werden. „Gerade in Zeiten, in denen Europa massiven, antidemokratischen Angriffen von außen und auch von innen ausgesetzt ist, brauchen wir zivilgesellschaftliche Engagement“, betonte Liese.

Ob in Form einer Podiumsdiskussion, eines Social-Media-Projekts, ob als Ausstellung, Theaterstück oder als grenzüberschreitende Begegnung – die Europa-Schecks sollen die Vielseitigkeit des europäischen Engagements anerkennen und stärken. Damit die Landesinitiative vielen Akteurinnen und Akteuren offensteht, ist die digitale Antragsstellung so niedrigschwellig und unbürokratisch wie möglich gestaltet. Zudem wird für die Europa-Schecks kein finanzieller Eigenanteil benötigt, sodass auch kleinere Strukturen zu einer Bewerbung ermutigt werden.

Die Landesinitiative startet sofort. Die nächste Antragsfrist für die Europa-Schecks ist der 1. Januar 2024. Die Bewerbung ist danach laufend zu sechs Stichtagen jeweils am 1. eines ungeraden Monats im Jahr möglich.

Teilnahmebedingungen, Erläuterungen zur Antragstellung sowie weiterführende Informationen finden Sie unter <https://mbei.nrw.europa-schecks>

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

## Gemeinsam für NRW in Europa

„Bei einer gemeinsamen Veranstaltung der CDU Spenge und der Jungen Union im Kreis Herford haben Verena Mertens und ich vor allem darüber gesprochen, wie wir junge Menschen motivieren können, zur Europawahl zu gehen und der CDU ihre Stimme zu geben. Inhaltlich sind dafür die Themen Klimaschutz, Wohlstand und Digitalisierung zentral“, verdeutlichte Peter Liese.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



## Back to the roots

### Diskussion mit 200 Schülern am Benediktiner Gymnasium in Meschede

„Das war ein besonders schöner Termin. Mit circa 200 Schülerinnen und Schülern durfte ich am Gymnasium der Benediktiner über Europa diskutieren. Viele konkrete und praktische Fragen kamen auf den Tisch und ich habe hoffentlich einigermaßen zufriedenstellend geantwortet. Am Ende waren für mich zwei Botschaften ganz besonders wichtig:



1. Mein Appell an die jungen Menschen, sich zu engagieren - man sollte die Zukunft nicht anderen überlassen.
2. Bei aller berechtigten Kritik an Entscheidungen in Europa, den grundsätzlichen Nutzen der EU nicht zu vergessen. Eine Zerstörung der EU, wie sie antieuropäische Kräfte von links, aber vor allen Dingen von rechts fordern, würde in eine wirtschaftliche Katastrophe führen und auch langfristig den Frieden in Europa gefährden“, so Peter Liese nach dem Gespräch.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



## Partnerschaft des Benediktiner Gymnasiums Meschede mit Ungarn

### Heute wichtiger als je zuvor



Seit über 40 Jahren pflegt die Schule, an der Peter Liese sein Abitur gemacht hat, das Gymnasium der Benediktiner in Meschede, eine Partnerschaft mit der Benediktiner Abtei Pannonhalma und der entsprechenden Schule dort. Auch dieses Jahr waren wieder Ungarn in Gastfamilien in Meschede untergebracht. Mit zwei von ihnen konnte sich Liese bei seinem Besuch am Gymnasium der Benediktiner unterhalten. „Sie sind keine Fans von Viktor Orban, legen aber großen Wert darauf, dass wir in Deutschland und in anderen Ländern der EU Ungarn nicht pauschal verurteilen und insbesondere den Jugendaustausch weiter fördern. Damit bin ich vollständig einverstanden“, so Liese.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

## Vorfahrt für Wirtschaft und Klimaschutz

### Das geht, wenn man es richtig macht

„Deutschland steckt in einer Rezession. Bei den 20 größten Industrieländern der Welt sind wir gemeinsam mit Argentinien Schlusslicht. Auch in Europa wachsen die meisten Länder, sogar die ehemaligen Sorgenkinder Italien und Spanien. Die Ursache liegt also in Deutschland selbst. Vor allen Dingen in der verkorksten Energiepolitik der Ampelregierung. Auch in Europa müssen die Weichen so gestellt werden, dass die Wirtschaft Rückenwind bekommt und keinen Gegenwind - dies ist kein Widerspruch zum Klimaschutz“, betonte Peter Liese bei einer Veranstaltung der CDU Medebach deutlich.

Der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung im Hochsauerlandkreis Stephan Werthschulte und Mario Burda von Lhoist machten bei der Veranstaltung deutlich, dass Investitionen dem Klima nutzen und die Wirtschaft in Schwung bringen. Vielfältige bürokratische Hindernisse, insbesondere lange Genehmigungsverfahren, müssen dazu aber verschwinden.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)







## Seminar zur Energie der Zukunft

### Klima Union leistet wichtigen Beitrag in CDU und CSU



Die Klima Union leistet einen wichtigen Beitrag innerhalb von CDU und CSU. Immer wieder weisen die Verantwortlichen auf die Notwendigkeit des Klimaschutzes hin. Im Gegensatz zur ideologischen Politik der Grünen setzt sie dabei aber auf pragmatische und marktwirtschaftliche Lösungen. Das wurde bei einem Seminar, das die Klima Union Kreisverband Siegen-Wittgenstein-Olpe

gemeinsam mit der KPV in Siegen durchgeführt hat, deutlich. „Besonders gefreut habe ich mich, dass ich den Landesvorsitzenden der Klima Union Niklas Benner kennenlernen durfte. Danke an alle, die sich in der Klima Union engagieren“, so Peter Liese.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

## Parteitag der CDU Hochsauerland

Auf dem Kreisparteitag CDU Hochsauerland, auf dem neben Friedrich Merz MdB, Klaus Kaiser MdL, Peter Liese MdEP, Matthias Kerkhoff MdL und Staatssekretär Dr. Bernd Schulte sprachen, hielt auch die Generalkonsulin der Ukraine in Nordrhein-Westfalen, Iryna Shum, ein Statement. Sie hat sich für die massive Unterstützung ihrer Landsleute und des Landes bei der Verteidigung unserer Werte bedankt.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)





## Heimische Wirtschaft und Kanada

Spannender Besuch bei der Firma Desch Antriebstechnik in Arnsberg-Hüsten. Die Bürgermeisterin von Cambridge in Kanada ist gekommen, weil Desch dort seit vielen Jahren ein Werk hat. Im Gespräch waren für Peter Liese zwei Dinge besonders wichtig:

1. Die wirtschaftliche Verunsicherung in Deutschland ist enorm. Firmen wie Desch berichten davon, dass insbesondere der Maschinenbau in Deutschland unter erheblichen Umsatzeinbußen leidet.
2. Für das wichtige Geschäft mit Kanada ist es extrem vorteilhaft, dass die Europäische Union das Freihandelsabkommen CETA abgeschlossen hat - gegen massiven Widerstand von Linken und Grünen. Gerade in der Krise brauchen wir mehr solcher Freihandelsabkommen.



[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

## Spannende Diskussion mit Schülern und Auszubildenden

Zu den Lieblingsterminen von Peter Liese gehören Diskussionen mit Schülerinnen und Schülern. Deswegen ist gerne nach Lüdenscheid gefahren und hat mit den Oberstufen von drei Gymnasien gesprochen.



„Was mich aber besonders gefreut hat ist, dass auch eine Reihe Auszubildende dabei waren. Der Mensch fängt nicht beim Abitur an und die berufliche Bildung ist ein Schlüssel für unseren Wohlstand und unsere niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Danke an den Arbeitgeberverband Lüdenscheid für die Organisation dieses tollen Termins“, so Liese.

Bericht über die Veranstaltung:

<https://lokaldirekt.de/news/klare-botschaft-europa-ist-wichtig>

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



## Viele Senioren verhalten sich vorbildlich

### Regulierung von Fahrtüchtigkeit durch EU überflüssig

„Vor 35 Jahren wurde in Neuenrade, wie auch in vielen anderen Orten, eine Senioren Union gegründet. Auch nach 35 Jahren wächst und gedeiht diese wichtige Vereinigung. Der Vorstand um die Vorsitzende Margret Vitz hat allen Grund, stolz auf die Arbeit zu sein“, so Peter Liese, der als Festredner zu europäischen Themen sprach. „Besonders beeindruckt war ich davon, dass Frau Vitz berichtete, wie ihr Vater im ersten Weltkrieg als Kanonier auf Franzosen schießen musste, sie aber mittlerweile eine französische Schwiegertochter hat. Frau Vitz hat den Hass und die Spaltung Europas am eigenen Leib erfahren und sagt deshalb jetzt zurecht, dass wir Europa auf keinen Fall aufs Spiel setzen dürfen“, so Liese weiter.



Spannender Punkt am Rande: Die rüstige über 80-Jährige nimmt freiwillig noch einmal Fahrstunden, um im Verkehr so sicher wie möglich zu sein. Dies sei der richtige Weg und zeige, dass eine zentrale Regulierung der Fahrtüchtigkeit von Senioren durch die Europäische Union, wie vor allem die Grünen es wollen, nicht notwendig ist.

Mehr Infos zur Veranstaltung hier: <https://www.come-on.de/lennetal/neuenrade/eine-geburtstagsfeier-und-europaeische-perspektiven-92673988.html>

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

CDU/CSU-Gruppe in der evp-Fraktion im europäischen parlament  
STADTVERBAND BAD BERLEBURG

## Arzneimittelknappheit!

### Was ist jetzt zu tun?

Diskussionsveranstaltung mit  
**Dr. Peter Liese**  
(Mitglied des Europaparlaments)  
**Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery**  
(Ehrenpräsident der Bundesärztekammer)

Wir laden herzlich ein zur Diskussionsveranstaltung zum Thema:

### Arzneimittelknappheit - was ist jetzt zu tun?

Mittwoch 03. Januar 2024 19:00 Uhr  
Zentrum Via Adrina, Stedehofstraße 2, Bad Berleburg

Referenten und Diskussionsteilnehmer:

**Dr. Peter Liese** (Mitglied des Europaparlaments)

**Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery** (Ehrenpräsident der Bundesärztekammer)

Wir bitten alle Interessierten um Anmeldung unter [veranstaltung@cdu-blb.de](mailto:veranstaltung@cdu-blb.de)

Die Veranstaltung ist als Hybridveranstaltung geplant - der für eine Online-Teilnahme erforderliche Link wird nach Anmeldung per Mail versendet.

Weitere Informationen unter [www.cdu-bad-berleburg.de](http://www.cdu-bad-berleburg.de)



© CDU / Christiane Lang